



Sitzungsvorlage

Nr.:	147/2004
ausgefertigt am:	05.05.2004
Fachamt:	Zentrales Beteiligungsmanagement
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">- Kreisausschuss- Kreistag

Richtlinie für das Beteiligungsmanagement beim Landkreis Cuxhaven

Beim Landkreis Cuxhaven ist mit Verfügung des Landrats vom 22.04.2004 ein Zentrales Beteiligungsmanagement eingeführt worden.

Grundlegendes Ziel des Beteiligungsmanagements ist die Informationsbereitstellung und Unterstützung für die Entscheidungsträger im Rahmen ihrer Tätigkeit für wirtschaftliche Unternehmen, an denen der Landkreis beteiligt ist.

Das Beteiligungsmanagement betrifft beim Landkreis:

- Eisenbahn- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH - EVB -, Zeven	Anteil 5,0 %
- Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen mbH - VON -, Stade	Anteil 12,5 %
- Niedersächsische Landgesellschaft mbH - NLG -, Hannover	Anteil 0,5 %
- Flughafen-Betriebsgesellschaft Cuxhaven/Nordholz mbH, Nordholz	Anteil 62,0 %
- Bio Center Cuxhaven GmbH - BCC -, Cuxhaven	Anteil 33,3 %
- Offshore und Certification Centre GmbH - DEWI-OCC -, Cuxhaven	Anteil 24,6 %

Aufgabe des Beteiligungsmanagements ist es

- als Vertreter des HVB in der Regeln neben einem Kreistagsvertreter die Mitgliedschaftsrechte des Landkreises auszuüben oder bei Gesellschafterversammlung zusätzlich teilnehmen,
- vor Gesellschafterversammlungen anhand der Tagesordnung zu den einzelnen Punkten eine Kreismeinung zu erarbeiten und hausintern abzustimmen und dem anderen Vertreter zuvor zukommen zu lassen,
- Beratung von Aufsichtsratsmitgliedern sofern von diesen gewünscht,
- insbesondere Vorlagen der Gesellschaft zu Finanzplänen, Jahresabschlüssen, Entlastungen vorzuprüfen und zu analysieren,
- Überwachung der Wirtschaftsplanung (Soll-/Ist-Abweichungsanalysen),
- Installation und Durchführung eines Berichtswesens,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen wie Prüfung von Investitionsvorhaben, Lokalisierung von Einsparungspotentialen, Durchführung von Gemeinkostenanalysen, Make- or buy-Vergleiche, Erlös- und Kostencontrolling,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes für die Haushaltssatzung.

Das Beteiligungsmanagement ist organisatorisch als Organisationseinheit 07 direkt dem Wirtschaftsdezernenten (derzeit Dezernat IV) unterstellt.

Für das Beteiligungsmanagement wird gerade im Hinblick auf die gestiegenen Beteiligungen des Landkreises in den letzten Jahren die Notwendigkeit einer Rückkopplung und Vorabstimmung mit den Kreisgremien, insbesondere im Kreisausschuss, gesehen. Damit soll insbesondere erreicht werden, dass

- Anweisungsbeschlüsse bei wichtigen Angelegenheiten ermöglicht werden (§ 111 Abs. 1 NGO);
- Unterrichtungspflichten von Vertretern in Gesellschafterversammlungen sowie in Aufsichtsräten genüge getan wird (§ 111 Abs. 4 NGO, § 394 AktG);
- Genehmigungen des Kreistages für Darlehen etc. bei bestimmten Gesellschaften sichergestellt werden (§ 111 Abs. 5 NGO).

Zur Umsetzung wird folgende Richtlinie dem Kreistag vorgeschlagen:

Richtlinie für das Beteiligungsmanagement beim Landkreis Cuxhaven

1. Das Beteiligungsmanagement hat den Kreisausschuss und den Kreistag über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten.

Zu den Angelegenheiten besonderer Bedeutung gehören insbesondere:

- a) Änderung von Gesellschaftsverträgen;
 - b) Bestellung von Geschäftsführern;
 - c) abzusehende Jahresfehlbeträge im Jahresabschluss, die nicht im Unternehmensplan berücksichtigt wurden;
 - d) Neuaufnahme von Gesellschaftern.
2. Das Beteiligungsmanagement hat - damit Anweisungsbeschlüsse nach § 111 Nr. 1 NGO ermöglicht werden - den Kreisausschuss soweit wie möglich vor einer Beschlussfassung in Gesellschafterversammlungen zu informieren über:
 - a) vorgesehene Änderungen von Gesellschaftsverträgen sowie Auflösungen von Gesellschaften;
 - b) Aufstellung von Unternehmensplänen, soweit Beteiligung des Landkreises Cuxhaven über 20 % beträgt;
 - c) Feststellung von Jahresabschlüssen nebst Gewinnverwendung sowie Abdeckung von Jahresfehlbeträgen, soweit Beteiligung des Landkreises Cuxhaven über 20 % beträgt;
 - d) Verpflichtungen zur Leistung von Nachschüssen.

Soweit Gesellschafterversammlung für Beschlussfassung zuständig ist:

- e) Belastung von Grundstücken, soweit nicht im Unternehmensplan veranschlagt;
 - f) das Eingehen von Wechselverbindlichkeiten, Garantieverpflichtungen und Übernahme von Bürgschaften und Haftungen ähnlicher Art.
3. Das Beteiligungsmanagement hat darauf hinzuwirken, dass bei Gesellschaften, an denen der Landkreis mit mehr als 50 % beteiligt ist und bei denen die Gesellschafterversammlung für die Kreditaufnahmen nach dem Gesellschaftsvertrag zuständig ist, Darlehen und Kassenkredite nur mit Genehmigung des Kreistages beschlossen werden.

Beschlussvorschlag:

Die Richtlinie für das Zentrale Beteiligungsmanagement beim Landkreis Cuxhaven wird beschlossen.

Bielefeld